

Der Wohlfahrtsstaat von morgen

II. Deutsch-Britisches Gewerkschaftsforum

Berlin

12. bis 13. Juni 2003

Zusammenfassung

41 deutsche und britische Gewerkschaftsvertreter trafen sich zum zweiten Deutsch-Britischen Gewerkschaftsforum in Berlin, um gemeinsam den 'Wohlfahrtsstaat von morgen' zu diskutieren. Die langjährigen Erfahrungen der Teilnehmer in der politischen und gewerkschaftlichen Basisarbeit trugen zu einer sehr lebhaften und fundierten Debatte bei, die von John Edmonds, dem Generalsekretär der Gewerkschaft GMB, umsichtig geleitet wurde. Es war einer der letzten Amtsauftritte von Edmonds vor seinem Eintritt in den Ruhestand. Edmonds, bekannt für sein Engagement für Europa, ist auch Kuratoriumsmitglied der Deutsch-Britischen Stiftung.

Das Forum hätte kaum zu einem passenderen Zeitpunkt tagen können: In sowohl Deutschland als auch in dem Vereinigten Königreich stehen derzeit die jahrezehntelang als gegeben betrachteten Voraussetzungen der Sozialpolitik auf der Kippe. Nicht etwa die Parteien und Denkfabriken der Rechten, die in beiden Ländern schon seit Jahre keine Machtposition mehr inne haben, fordern die Veränderung, sondern der Kern der beiden Mitte-Links-Regierungen. Es geht dabei um grundlegende Fragen zur Form und Finanzierung des Wohlfahrtsstaates: Sollen alle Bürger gleichermaßen davon profitieren? Sollen Sozialleistungen nur gezielt an die benachteiligten Gruppen der Gesellschaft gezahlt werden? Welche Rolle spielt der private Sektor bei Dienstleistungen und Sozialleistungen? Inwiefern soll vom einzelnen Bürger erwartet werden, die eigene Zukunft zu sichern, und wieviel soll der Staat dazu beitragen? Kann das Solidaritätsprinzip (bei dem die arbeitende Bevölkerung mit Steuergeldern und Beiträgen zur Sozialversicherung den Wohlfahrtsstaat finanziert) aufrecht erhalten werden, besonders in einer Zeit der Rezession und der immer ungünstigeren Bevölkerungsentwicklung?

Unter dem Titel 'Agenda 2010' entwarf der deutsche Bundeskanzler im März 2003 ein Reformpaket für den Arbeits- und Sozialmarkt. Die britische Regierung führte ihrerseits zahlreiche Maßnahmen ein – wie die Gründung quasi- eigenständiger Krankenhäuser (Foundation Hospitals), die Kürzung von Sozialleistungen, Schulgebühren für die höhere Bildung und die private Finanzierung von Infrastruktur-Projekten – und flaggte somit unmissverständlich die Ziele bei der Umstrukturierung des Wohlfahrtsstaates.

Beide Regierungen stoßen derzeit auf heftigen Widerstand in den eigenen Reihen und in der Gewerkschaftsbewegung, die für den Erhalt der ihrer Meinung nach zentralen Werte des Wohlfahrtsstaates plädiert.

Die Eröffnungssitzung des Forums spiegelte dieser beiden Meinungslager wider. Vier bekannte Redner – aus Deutschland: Michael Sommer, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Franz-Josef Lersch-Mense, der Bundesgeschäftsführer der SPD, aus Großbritannien: Keith Sonnet, der stellvertretende Generalsekretär der Gewerkschaft Unison sowie David Triesman, Generalsekretär der Labour Party – gingen das Thema 'Unter Druck: Was bleibt vom Wohlfahrtsstaat noch übrig?' an. Ihre Beiträge belegten die starke Diskrepanz zwischen denjenigen, die einen relativ 'traditionellen' Wohlfahrtsstaat unterstützen (Sommer und Sonnet) und denjenigen (Lersch-Mense und Triesman), die argumentieren, dass weitreichende Reformen notwendig seien, wenn der Wohlfahrtsstaat überleben solle. Daraufhin wurden mehrere zentrale Themen lebhaft diskutiert:

- die Annahme, dass der private Sektor effektiver arbeitet als der staatliche
- Ungleichgewichte innerhalb des gegenwärtigen Wohlfahrtsstaates (z. B. ungleiche Chancen für Frauen)
- der Begriff der Pluralität – dass der staatliche Sektor nicht alles erreichen kann, und dass es nicht wesentlich ist, wer die Dienstleistung erbringt

Gegenstand der darauffolgenden beiden Sitzungen waren die Kernstück des Wohlfahrtsstaates: das Gesundheits- und das Rentensystem. Die Teilnehmer bildeten zunächst Ländergruppen, in denen sie eingehend über die Situation im anderen Land unterrichtet wurden, um danach wieder in einer vergleichenden Diskussionsrunde zusammenzukommen. Die Gesundheits- und Rentensysteme beider Länder sind zwar sehr verschieden, dennoch wurden diejenigen Bereiche herauskristallisiert, in denen beide Seiten voneinander lernen können. Dazu gehören im Gesundheitsbereich

- die Entwicklung evidenzbasierter Medizin in Großbritannien in den letzten zehn Jahren, wobei der Schwerpunkt auf der Bewertung von Ergebnissen und wirkungsvollen Behandlungsmethoden für Patienten liegt – ein Vorgehen, das jetzt auch schon in Deutschland zunehmend Verwendung findet
- der Hausarztes in der Rolle des Torhüters für andere medizinische Dienstleistungen – ein Modell das die deutsche Regierung verstärkt ausbauen will
- das Recht des Bürgers in Deutschland auf medizinische Behandlung – in Großbritannien gibt es kein vergleichbares Recht
- doneinander abweichende Gesundheitskosten und -ergebnisse

Zu den Themen, die in Verbindung mit dem Rentensystem angesprochen wurden, zählen

- niedrigere Rentenauszahlungen in Großbritannien verglichen mit Deutschland und die fehlende Altersarmut in Deutschland
- die willkürliche staatliche Rente in Großbritannien – individuelle Beitragssätze sind festgelegt, es gibt aber kein garantiertes Einkommen im Rentenalter
- Betriebsrenten, auf die man sich In Großbritannien stärker verlässt. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten, wenn Unternehmen die Qualität der Leistung nicht aufrecht erhalten können (oder wollen), weil sie aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und rückläufiger Investitionseinnahmen unter Druck stehen.

In der letzten Sitzung warfen die Teilnehmer einen Blick in Zukunft, indem sie versuchten, die Rolle der Gewerkschaften im Wohlfahrtsstaat von morgen zu definieren. Die Diskussion drehte sich um drei Hauptthemen: die Chancen und die Risiken eines europäischen Wohlfahrtsstaates, die Aufgabe der Gewerkschaften im Umgang mit den Auswirkungen der Globalisierung und der Privatisierung sowie das Verhältnis zwischen der jungen Generation und der Gewerkschaft.

- Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass sich die sozialen Systeme beider Länder radikal voneinander unterscheiden und nur durch tiefgreifende Strukturveränderungen kompatibel gemacht werden könnten. Sowohl das Konzept eines europäischen Wohlfahrtsstaates als auch die Definition der EU seitens des EU-Konvents als umfassende soziale Marktwirtschaft, die Vollbeschäftigung garantiert, wurde allgemein begrüßt. Die Teilnehmer zweifelten allerdings stark daran, dass ein europäischer Wohlfahrtsstaat je realisiert werden könne und befürchteten, dass es bei einem solchen Staat zu einem neoliberalen 'Sicherheitsnetz' kommen werde, das zwar den Ärmsten der Gesellschaft grundlegende Sozialleistungen liefere, jedoch keinen garantierten Lebensstandard für alle Bürger bieten könne.
- Die bisherige Aufgabe der Gewerkschaften, Menschen zu beschützen, wird immer wichtiger in einer Zeit, in der globale Firmen mächtiger als Landesregierungen werden und private Unternehmen zunehmend Dienstleistungen ausführen, die zuvor Aufgabe des öffentlichen Sektors waren. Auf europäischen Ebene jedoch, wo heute viele der wichtigsten Entscheidungen getroffen werden, steht die Gewerkschaftsbewegung im Vergleich zum privaten Sektor auf wackeligen Füßen.
- Die Teilnehmer sprachen ihre Besorgnis darüber aus, wie wenig junge Leute gewerkschaftlich tätig sind. Während einige Teilnehmer argumentierten, dass diese Tatsache den stärkeren Individualismus in der heutigen Gesellschaft widerspiegele, waren andere der Meinung, dass jungen Menschen durchaus an soziale Fragen interessiert seien, dass sie aber die Gewerkschaften nur nicht als Möglichkeit erkennen würden, diese Ideen in die Praxis umzusetzen. Die Gewerkschaften müssten einen Weg finden, den Einsatz und die Energie junger Menschen zu nutzen. Die Zukunft Europas würde schließlich dadurch bestimmt, wie stark sich die junge Generation für Solidarität einsetzte.

Weitere Informationen bei:

Anglo-German Foundation/Deutsch-Britische Stiftung

Keith Dobson

34 Belgrave Square

London SW1X 8DZ, UK

Tel +44 (0)20 7823 1123

Fax +44 (0)20 7823 2324

Email kd@agf.org.uk

Website: www.agf.org.uk

Friedrich-Ebert-Stiftung

Gero Maass
London Office
Office 312
The Chandlery
50 Westminster Bridge Road
London SE1 7QY
Tel: +44 (0)20 7721 8745
Fax: +44 (0)20 7721 8746
Email: feslondon@dial.pipex.com
Website: www.fes.de/london

Anglo-German Foundation/Deutsche-Britische Stiftung

Die Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft wurde im Jahre 1973 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Dr. Heinemann ins Leben gerufen. Die Stiftung unterstützt Forschungsprojekte im industriellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bereich, hauptsächlich bilaterale Vergleiche, die für Entscheidungsträger von praktischem Wert sein können.

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1925 als politisches Erbe des ersten demokratisch gewählten Präsidenten Deutschlands, Friedrich Ebert, gegründet und ist eine gemeinnützige politische Organisation von öffentlichem Interesse, die sich bei ihrer Arbeit im Bildungswesen und in der Politik für die Prinzipien und grundlegenden Werte der Sozialdemokratie einsetzt.